

Die amerikanisch-koreanischen Beziehungen: Bewährte Partnerschaft mit Seoul – Misstrauen gegenüber Pyongyang

Heinrich Kreft¹

US-Präsident George W. Bush hat die Republik Südkorea vom 21. bis 23. Februar 2002 im Anschluss an einen Besuch in Japan und vor seiner Weiterreise nach China besucht. Das Gipfeltreffen mit Präsident Kim Dae-jung war der zehnte Besuch eines US-Präsidenten in Seoul seit dem Besuch von Präsident Eisenhower (noch vor dessen offizieller Amtsübernahme) vor genau 50 Jahren auf dem Höhepunkt des Koreakrieges.

Ein wichtiges Ziel des Besuches war es, in einer Zeit erneut wachsender Spannungen auf der koreanischen Halbinsel sowie zwischen Washington und Pyongyang die US-koreanische Sicherheitsallianz zu stärken und ihre Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität in ganz Nordostasien hervorzuheben. Zugleich verfolgte Präsident Bush mit seiner Reise die Absicht, seine kurz zuvor in seiner ersten Rede zur „State of the Union“ aufgestellten Prioritäten – „the war on terrorism, homeland security, and economic relations“ – voranzutreiben, wobei er Nordkorea – zusammen mit dem Irak und dem Iran – als Teil einer „Achse des Bösen“ bezeichnet hatte.

1 Die amerikanischen Interessen in Südkorea

Die amerikanischen Beziehungen zu Südkorea (Republik Korea, ROK) sind von einer Vielzahl sicherheitspolitischer, politischer und ökonomischer Interessen geprägt.

Seit dem Ende des Koreakrieges (1950-1953) war das kontinuierliche Engagement der USA entscheidend für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität nicht nur auf der koreanischen Halbinsel, sondern in ganz Nordostasien. Fundament der sicherheitspolitischen Kooperation mit Südkorea ist das bilaterale Sicherheitsabkommen von 1954. Die USA haben heute etwa 37.500 Soldaten im Süden stationiert zur Verstärkung der 650.000 Mann starken südkoreanischen Streitkräfte und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung jeglicher militärischer Abenteuer oder Androhungen militärischer Gewalt von Seiten Nordkoreas (Demokratische Volksrepublik Korea, DVRK) mit seinen 1,2 Millionen Soldaten, die größtenteils in vorgeschobenen Positionen entlang der demilitarisierten Zone (DMZ) stationiert sind.

¹ Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

Seit 1991 wächst in Washington die Besorgnis (und nicht nur dort) wegen fortgesetzter Bemühungen Nordkoreas, Nuklearwaffen und Raketen großer Reichweite zu entwickeln.

Ein bilaterales Abkommen – Agreed Framework – mit dem Ziel, das nordkoreanische Atomprogramm zu beenden, wurde am 21. Oktober 1994 unterzeichnet und wird seitdem umgesetzt. Die USA haben zudem Verhandlungen mit Pyongyang aufgenommen, um die DVRK zur Zurückhaltung bei der Raketenentwicklung zu bewegen.

2 Die politischen Beziehungen

Das letzte Jahr der Amtszeit Präsident Clintons war in außenpolitischer Hinsicht gekennzeichnet durch eine beispiellose Annäherung zwischen Washington und Pyongyang sowie zwischen Süd- und Nordkorea – symbolisiert durch das historische Gipfeltreffen von Kim Dae-jung und Kim Jong-il im Juni 2000 in Pyongyang. Mit Außenministerin Madeleine Albright besuchte im Oktober 2000 die bis dahin höchstrangige amerikanische Regierungsvertreterin die DVRK, und Präsident Clinton signalisierte seine Bereitschaft, noch vor Ende seiner Amtszeit nach Pyongyang zu reisen, sollte der erhoffte Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen über die Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms gelingen.

Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Entgegen ersten Äußerungen des zukünftigen Außenministers Colin Powell während seiner Anhörungen vor dem Kongress –

We will review thoroughly our relationship with the North Koreans, measuring our response by the only criteria that is meaningful – continued peace and prosperity in the South and in the region. We are open to a continued process of engagement with the North so long as it addresses political, economic, and security concerns, is reciprocal, and does not come at the expense of our alliances and relationships.

– wurde bald deutlich, dass es in der neuen Administration unterschiedliche Auffassungen über die US-amerikanische Nordkoreapolitik gab. Während sich Secretary Powell und das State Department für eine Fortsetzung der Raketengespräche und des Dialogs mit Pyongyang einsetzten, brandmarkten einige Präsidentenberater im Weißen Haus, unterstützt von einigen Konservativen im Kongress, diese Linie als Appeasementpolitik – eine Politik, die sie in Zeiten der Opposition heftig kritisiert hatten.

In dieser Situation war es nicht verwunderlich, dass der Besuch von Präsident Kim Dae-jung in Washington nicht zu dem von südkoreanischer Seite erhofften Erfolg, nämlich der Fortsetzung der Annäherung an Pyongyang und die explizite Unterstützung von Kims Sunshine Policy führte. Stattdessen ordnete Präsident Bush eine (mehrmonatige) Evaluierung der US-amerikanischen Nordkoreapolitik an. Dieser selbstverordnete Stillstand brachte nicht nur den innerkoreanischen Annäherungsprozess zum Erliegen, sondern führte auch zu einer Belastung der US-südkoreanischen Beziehungen. Das für viele Amerikaner überraschende Engagement der

EU (Reise einer vom schwedischen Ministerpräsidenten Persson als EU-Präsident angeführten Delegation nach Pjöngjang im Mai 2001) konnte dieses Vakuum zum Teil ausfüllen, bis sich die Bush-Administration schließlich auf eine Nordkoreapolitik verständigt hatte.

2.1 Die Nordkoreapolitik der Bush-Administration

Am 6. Juni 2001 stellte Präsident Bush die Grundsätze seiner Nordkoreapolitik vor. Für den Fall positiver nordkoreanischer Schritte hinsichtlich der Nuklear- und Raketenprogramme sowie im Bereich der konventionellen Streitkräfte kündigte er an: „... (we) will expand our efforts to help the North Korean people, ease sanctions, and take other political steps.“ Er erklärte darüber hinaus, sich bei seiner Nordkoreapolitik – deren wichtigste Elemente im Folgenden erörtert werden sollen – eng mit Präsident Kim Dae-jung abzustimmen.

2.1.1 Das nordkoreanische Nuklearprogramm

Wichtigste Grundlage der US-Politik gegenüber Nordkorea ist seit Mitte der 90er-Jahre das amerikanisch-nordkoreanische Agreed Framework vom Oktober 1994. Dieses Abkommen war das Ergebnis schwieriger Verhandlungen zur Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms, das Pjöngjang in Yongbyon begonnen hatte und im Begriff war auszuweiten. Die bestehenden Anlagen umfassten einen Atomreaktor mit einer Leistung von fünf Megawatt und einer Anlage zur Verarbeitung von Plutonium. Zwei weitere Reaktoren mit deutlich größerer Leistung befanden sich im Bau. Schätzungen amerikanischer Nachrichtendienste zufolge hätten diese Anlagen den Nordkoreanern die Möglichkeit zur Herstellung von jährlich über 30 Atomwaffen gegeben. Nordkorea hatte 1992 in einem sog. „Safeguards“-Abkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde, der IAEA das Recht zugestanden, vor Ort eine Reihe von Inspektionen nordkoreanischer Atomanlagen durchzuführen. Dennoch sabotierte oder untersagte Pjöngjang diese Inspektionen.

Die USA gehen davon aus, dass Nordkorea seit Anfang der 90er-Jahre über genügend Plutonium zur Herstellung von mindestens zwei Nuklearsprengköpfen verfügt.²

Im Agreed Framework erklärte sich die nordkoreanische Seite dazu bereit, den Betrieb und die Baumaßnahmen in den bekannten Atomanlagen in Yongbyon einzustellen sowie die Brennstäbe aus dem bestehenden Reaktor zu entfernen und an sicherer Stelle zu lagern. Im Gegenzug sagten die USA die Lieferung von jährlich 500.000 Tonnen schweren Öls bis zum Abschluss des von den USA organisierten Baus zweier Leichtwasserreaktoren zu. Bevor Nordkorea spaltbares Material für diese Reaktoren erhält, muss Pjöngjang seinen Verpflichtungen als Signatarstaat des Atomsperrvertrags (NPT) nachkommen, d.h. insbesondere die in dem Safe-

² Verteidigungsminister Rumsfeld erklärte anlässlich eines Besuches in Moskau im August 2001, dass er von zwei bis fünf Nuklearwaffen Nordkoreas ausgeht.

guards-Abkommen von 1992 spezifizierten Inspektionen vor Ort durch die IAEA zulassen.

Um die Verpflichtungen zur Öllieferung und dem Bau der Reaktoren nachzukommen, wurde die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) gegründet. Führende Mitglieder der KEDO sind die USA, Südkorea, Japan und die EU. Japan und Südkorea haben zugesagt, den Löwenanteil der auf 5-6 Milliarden US-Dollar geschätzten Kosten zu übernehmen. Im Abkommen wurde 2003 als Zieldatum für die Fertigstellung des ersten Kraftwerkes vereinbart, allerdings sind inzwischen erhebliche Verzögerungen eingetreten – zum Teil von Pyongyang zu verantworten, zum Teil auf falsch eingeschätzte rechtliche und bürokratische Hindernisse zurückzuführen. Die KEDO selbst erwartet die Fertigstellung des ersten Reaktors für das Jahr 2008. Daneben sah sich die KEDO bald mit steigenden Kosten für die jährlichen Öllieferungen konfrontiert. Betrug die Kosten für die Lieferung der 500.000 Tonnen 1996 noch etwa 30 Mio. US-Dollar, schnellten diese Kosten 2001 auf 120 Mio. US-Dollar in die Höhe. Hatten die USA 1996 noch die Gesamtkosten getragen, setzte der US-Kongress für 2001 einen amerikanischen Finanzbeitrag in Höhe von 55 Mio. US-Dollar fest. Die Bush-Administration hat für 2002 einen Betrag von 95 Mio. US-Dollar beim Kongress beantragt. Die Bemühungen der KEDO, die Finanzierungslücke durch (höhere) Beiträge anderer Länder zu schließen, war bisher nur begrenzt erfolgreich.

Das Agreed Framework ist in den USA seit 2000 zunehmend in die Diskussion geraten. Kritiker behaupten, dass die beiden Leichtwasserreaktoren den Nordkoreanern die Möglichkeit eröffnen, große Mengen waffenfähigen Plutoniums zu erzeugen. Darüber hinaus werden große Sicherheitsprobleme beim Betrieb der Anlagen angeführt sowie der schlechte Zustand des nordkoreanischen Stromnetzes, das nicht in der Lage ist, die produzierte Energie zu den Verbrauchern zu leiten. Weitere Argumente sind die Verzögerung des Projekts und die steigenden Kosten für die Öllieferungen.

Die Befürworter des Abkommens argumentieren, dass das Abkommen nach wie vor seinen Zweck erfüllt, nämlich die Abschaltung des Atomreaktors und der Plutoniumproduktionsanlagen in Yongbyon, und damit verhindert hat, dass Pyongyang seit 1994 sein Atomwaffenarsenal erheblich vergrößern konnte. Zudem wird bestritten, dass der „proliferationsresistente“ Reaktortyp zur Produktion von Nuklearwaffen geeignet ist. Die Sicherheits- und auch die Energieübertragungsprobleme werden zwar nicht geleugnet, aber als lösbar betrachtet.³

Die Bush-Administration hat sich in ihrer Policy Review zu Nordkorea intensiv mit dem Agreed Framework auseinandergesetzt. Eine Option, die dabei ebenfalls in Betracht gezogen wurde, war die Überlegung der Clinton-Administration 2000 einen der beiden Leichtwasserreaktoren durch ein konventionelles Kraftwerk gleicher Leistung zu ersetzen. In seiner Erklärung vom 6. Juni 2001 hat Präsident Bush das

³ Die KEDO hat allerdings klargestellt, dass man nicht bereit sei, den nordkoreanischen Forderungen nach Finanzierung der notwendigen Modernisierung des Stromnetzes nachzukommen.

Ziel seiner Regierung formuliert: "improved implementation of the Agreed Framework relating to North Korea's nuclear activities". Die Regierung zielt darauf ab, Nordkorea zur Erfüllung seiner IAEA-Verpflichtungen vor dem im Agreed Framework vorgesehenen Zeitpunkt zu bewegen. Nach Auskunft hochrangiger Mitglieder der Regierung kommt dieser Zeitpunkt, wenn der erste Leichtwasserreaktor zentrale Reaktorkomponenten erhält, was für Ende 2003 oder 2004 erwartet wird. Allerdings hat die IAEA bereits erklärt, dass man von dem Zeitpunkt an, zu dem Nordkorea vollständige Inspektionen zulässt, drei bis vier Jahre benötigt, um festzustellen, ob Nordkorea seine Verpflichtungen im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages erfüllt. Vertreter der Bush-Administration haben die Einstellung der Bauarbeiten am Reaktorprojekt Ende 2003 angekündigt, falls Pyonyang seinen Verpflichtungen gegenüber der IAEA nicht deutlich vor 2003 nachkomme. Die Unterbrechung der Bauarbeiten könne dann bis zu vier Jahre andauern, bis die IAEA ihre Arbeit abgeschlossen habe. Nordkorea hat diese Forderung der Bush-Administration zurückgewiesen.

Präsident Bush (im November 2001 und während seines Besuchs in Seoul im März 2002) sowie andere Regierungsvertreter haben Nordkorea aufgefordert, unverzüglich mit der IAEA zusammenzuarbeiten.

Das Misstrauen gegenüber Nordkorea ist groß. Im August 1998 kam die US Defense Intelligence Agency (DIA) zu dem Ergebnis, dass Nordkorea ein geheimes Nuklearprogramm in einem Bunkerkomplex bei Kumchangri begonnen habe. Die Clinton-Administration forderte daraufhin Zugang zu diesen Einrichtungen. Auf erheblichen US-amerikanischen Druck wurde am 16. März 1999 ein Abkommen erzielt, in dem den USA wiederholte Inspektionen der Anlagen zugestanden wurden, im Gegenzug lieferte die USA (mindestens) 500.000 Tonnen Lebensmittelhilfe.

Die erste Inspektion fand im Mai 1999 und eine zweite im Mai 2000 statt. Dabei wurden keine Anzeichen eines Nuklearprogramms gefunden. Allerdings gab es Indizien dafür, dass Pyonyang vor dem Besuch Ausrüstungsgegenstände aus den Anlagen entfernt hatte.

Kumchangri zusammen mit Nordkoreas Erprobung einer mehrstufigen Rakete führten zur so genannten „Perry-Initiative“. Erstes Ziel der im Oktober 1999 begonnenen Mission des ehemaligen Verteidigungsministers William Perry war es, „verifiable assurances“ zu erhalten, dass Pyonyang wirklich kein geheimes Nuklearwaffenprogramm unterhält. Allerdings konnte dieses Ziel weder während eines US-nordkoreanischen Treffens im Mai 2000 in Rom noch durch einen zweiten Inspektionsbesuch in Kumchangri erreicht werden. Danach gab die Clinton-Administration diesen Teil der Perry-Initiative auf und konzentrierte sich stattdessen ganz auf die Raketenfrage.

Präsident Bush hat in seiner Erklärung vom 6. Juni 2001 keinen neuen Verdacht hinsichtlich eines geheimen nordkoreanischen Nuklearprogramms geäußert. Allerdings sollen US-Geheimdienste nicht weniger als zehn verdächtige Anlagen im Auge haben, sodass sich der Fall „Kumchangri“ jederzeit wiederholen könnte.

2.1.2 Das nordkoreanische Raketenprogramm

Am 31. August 1998 testete Nordkorea eine dreistufige Rakete, von den USA als Taepodong-1 bezeichnet. Die Testrakete überflog japanisches Territorium in Richtung Nordwestpazifik. Teile der Rakete fielen in der Nähe Alaskas ins Meer. Pyongyang erklärte, dass es sich dabei um einen Satellitenstart gehandelt habe.

Die USA (und Japan) wurden vom Stand der nordkoreanischen Raketenentwicklung überrascht. Neben Alaska kamen damit auch die für die US-Streitkräfte wichtigen US-amerikanischen Territorien Guam und die Marianen in Reichweite nordkoreanischer Raketen. Und noch weitaus gravierender: das japanische Okinawa, mit Tausenden amerikanischer Soldaten und deren Angehörigen. Anfang 2000 kamen US-Geheimdienste zu dem Ergebnis, dass Nordkorea mit der Entwicklung der Interkontinentalrakete Taepodong-2 begonnen habe, die in der Lage wäre, Alaska, Hawaii und die Westküste der USA mit Atomsprengköpfen zu bedrohen.

2001 kamen japanische und amerikanische Geheimdienstanalysten zu dem Ergebnis, dass Pyongyang bis zu 100 Nodong-Raketen mittlerer Reichweite stationiert habe. Die Nodong, die 1993 zum ersten Mal getestet wurde, bedroht mit ihrer Reichweite von 1.000-1.300 km nicht nur die US-Stützpunkte auf Okinawa, sondern nahezu das gesamte japanische Territorium.

Während der 90er-Jahre exportierte Nordkorea Kurzstreckenraketen (Scud) und Scud-Technologie in eine Reihe verschiedener Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Nach 1995 wurden Nodong-Raketen und Nodong-Technologie in den Iran, nach Pakistan und Libyen geliefert. Nach Angaben des südkoreanischen Verteidigungsministeriums aus dem Jahre 2001 hat der Norden zwischen 1985 und 2000 490 Scud-, sowie 50 Nodong-Raketen an Pakistan sowie in den Nahen und Mittleren Osten verkauft.

Der erste Test der Taepodong-1 führte zu einer Intensivierung der Bemühungen der Clinton-Administration, zu einem Abkommen über das nordkoreanische Raketenprogramm zu gelangen. Die ersten Verhandlungen begannen 1996. Im Rahmen der Perry-Initiative wurde das Ziel formuliert:

verifiable cessation of testing, production and deployment of missiles exceeding the parameters of the Missile Technology Control Regime, and the complete cessation of export sales of such missiles and the equipment and technology associated with them.

Perry und seine Mitarbeiter zielten zunächst auf eine Reihe von Abkommen über spezifische Teile des nordkoreanischen Raketenprogramms. Als Gegenleistung wurden Pyongyang Schritte zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen, ein Ende der US-Sanktionen und andere ökonomische Vorteile angeboten. Dies führte im September 1999 zur nordkoreanischen Erklärung, keine weiteren Tests von Langstreckenraketen durchzuführen, was Pyongyang im Juni 2000 erneut bekräftigte. Die Clinton-Administration reagierte darauf im September 1999 mit der Ankündigung, eine Reihe von Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea aufzuheben. Am 19. Juni 2000 wurden die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen.

Danach kam es trotz fortgesetzter Bemühungen der Clinton-Regierung zu keinen weiteren Abkommen. Nach einjährigen Verhandlungen reiste im Oktober 2000 ein hochrangiger nordkoreanischer Regierungsvertreter nach Washington. Außenministerin Albright besuchte kurz darauf Pyongyang. Die Raketengespräche wurden intensiviert. Im Gegensatz zum Perry-Vorschlag zielte die Clinton-Administration nunmehr auf ein einheitliches, umfassendes Abkommen. Pyongyang stellte den Exportverzicht für die Mittel- und Langstreckenraketen und die dazugehörige Technologie in Aussicht sowie einen dauerhaften Verzicht auf den Test und die Produktion von Raketen über eine bestimmte Reichweite. Von Washington wurden im Gegenzug Unterstützung beim Start kommerzieller Satelliten sowie andere Leistungen verlangt. Nordkorea bot ebenfalls den Stationierungsstopp der Nodong- und Taepodong-Raketen an und schlug einen Besuch Präsident Clintons in Pyongyang vor. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an vier konkreten Punkten:

- der Weigerung Nordkoreas, auch die Scud-Raketen in den Entwicklungs- und Stationierungsstopp einzubeziehen,
- der ausbleibenden Antwort Pyongyangs auf die US-Forderung, die bereits stationierten Nodong-Raketen zu demontieren,
- an zahlreichen Details der amerikanischen Verifikationsvorstellungen
- sowie an Art und Größe des amerikanischen Kompensationspakets.

Kim Jong-il erklärte im Frühjahr 2001 gegenüber der vom schwedischen Ministerpräsidenten Persson angeführten EU-Delegation, bis 2003 ein Teststoppmoratorium einzuhalten, allerdings erklärte das nordkoreanische Außenministerium wenig später, dieses sei voll und ganz von der Politik der neuen Bush-Administration abhängig.

In seiner Erklärung vom 6. Juni 2001 erklärte Präsident Bush „verifiable constraints on North Korea’s missile programs and a ban on its missile exports“ zum Ziel. Hochrangige Mitglieder der neuen US-Regierung haben wiederholt die Bedeutung robuster Überprüfungsmechanismen betont.

Falls es zur Wiederaufnahme der Raketengespräche kommen sollte, sind es im Wesentlichen vier Punkte, die auf der Agenda stehen werden:

- Die Definition eines notwendigen Minimums an Verifikation, insbesondere, ob dafür Vor-Ort-Inspektionen notwendig sind.
- Die Festlegung, ob die Einstellung des gesamten nordkoreanischen Raketenprogramms angestrebt werden soll oder nur der Teile, die auch verifizierbar sind. Im Gegensatz zur Forschung und zum Bau der Raketen, was sich in Untergrundanlagen vollziehen dürfte, die schwer zu überwachen sind, wäre es weitaus einfacher, die Stationierung (und auch die Zerstörung) von Raketen sowie ihren Export zu verifizieren. Allerdings sind wahrscheinlich schon für Verifizierung der Stationierung bzw. Nichtstationierung Vor-Ort-Inspektionen notwendig.
- Die Frage, ob ein umfassendes Abkommen – wie zuletzt von der Clinton-Administration befürwortet – angestrebt werden soll oder aber – wie ursprünglich von

Perry vorgeschlagen – eine Serie kleinerer Abkommen über die einzelnen Komponenten des Raketenprogramms.

- Die Frage der Kompensationen: Wird die Bush-Administration die Überlegung ihrer Vorgänger aufgreifen, Nordkorea bei seinem zivilen Satellitenprogramm zu unterstützen? Sollen die USA über Nahrungsmittelhilfe hinaus andere ökonomischen Hilfen anbieten? Zuletzt hat Pyongyang eine Milliarde US-Dollar in bar verlangt.

2.1.3 Abrüstung und Rückzug konventioneller Waffen

Bereits während des Wahlkampfes hatten außenpolitische Berater des Kandidaten angekündigt, dass eine von einem Präsidenten Bush verantwortete Nordkoreapolitik den konventionellen Streitkräften Pyongyangs mehr Aufmerksamkeit widmen werde. Ziel sei der Rückzug der nordkoreanischen Artillerie und Raketenbatterien aus Positionen unmittelbar nördlich der DMZ, von wo aus sie das nur gut 30 km südlich gelegene Seoul bedrohen. In seiner Erklärung vom 6. Juni setzte Präsident Bush das Ziel einer „less threatening (North Korean) conventional military posture“. Befürworter einer solchen Initiative führen an, dass Pyongyang vor dem Hintergrund der fortgesetzten Schwächung seiner konventionellen Streitkräfte besonders an Verhandlungen darüber interessiert sein könnte. Darüber hinaus wäre ein Abkommen über einen solchen Rückzug einfacher zu verifizieren als jedes Abkommen über die nordkoreanischen Nuklear- und Raketenprogramme. Dahinter steht die Hoffnung, dass eine Entspannung im Bereich der zentralen militärischen Konfrontation entlang der DMZ eine Lösung anderer Probleme einschließlich der Massenvernichtungswaffen erleichtere.

Nichtsdestotrotz sieht sich die Bush-Administration in ihren Überlegungen einer Initiative in diesem Bereich erheblichen Problemen gegenüber. Zum einen zeigt sich Präsident Kim Dae-jung trotz seines großen Interesses an einer Fortsetzung der Gespräche mit Pyongyang sehr zurückhaltend gegenüber diesen Überlegungen. Diese Zurückhaltung lässt sich wahrscheinlich daraus erklären, dass der südkoreanische Präsident befürchtet, eine solche Initiative könnte das Erreichen seines Ziels verkomplizieren, noch vor Ende seiner Amtszeit im Februar 2003 zu einem Friedensabkommen mit dem Norden zu kommen. Die ROK würde es vorziehen, solche Verhandlungen ohne US-amerikanische Beteiligung zu führen.

Ein zweites Problem besteht natürlich darin, ein für Pyongyang hinreichend attraktives Verhandlungsangebot zu formulieren. Nordkorea hat auf öffentliche Überlegungen der Bush-Administration mit einer klaren Absage an einen unilateralen Rückzug seiner Streitkräfte aus der unmittelbaren Nähe der DMZ reagiert. Andererseits hat Pyongyang daran erinnert, in der Vergangenheit selbst Verhandlungen über die Reduzierung und den Rückzug konventioneller Streitkräfte angeboten zu haben.⁴

⁴ Diese Vorschläge beinhalteten aber die Forderung eines vollständigen US-Abzugs aus Südkorea.

Wahrscheinlich kommt es nur dann zu Verhandlungen, wenn sich die USA und Südkorea zu reziproken militärischen (Rückzugs-)Maßnahmen bereit finden. Bisher gibt es keine Äußerungen der Bush-Administration, dass man dazu bereit ist.

2.1.4 Nordkorea und die Terrorismusliste

Seit Februar 2000 verlangt Nordkorea von Washington seine Streichung von der US-amerikanischen Terrorismusliste. Zeitweilig machte Pyongyang dies zur Vorbedingung für den Besuch eines hochrangigen Regierungsvertreters in den USA. Diese Verknüpfung wurde zwar fallengelassen, nicht aber die Forderung als solche. Als Antwort auf die Terrorangriffe vom 11. September auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington erklärte Nordkorea offiziell die Ablehnung terroristischer Gewalt und unterzeichnete zwei Antiterrorkonventionen der Vereinten Nationen.

Auch Südkorea hat die USA ersucht, die DVRK von der Terrorismusliste zu streichen und damit den Zugang Pyongyangs zu Krediten der Weltbank und des IWF zu ermöglichen. Per Gesetz (International Financial Institutions Act/P.L. 95-118) hat der US-Kongress die Regierung verpflichtet, in der Weltbank und im IWF gegen die Kreditvergabe oder andere finanzielle Unterstützungen an solche Staaten zu stimmen, die auf dieser Liste stehen. Seoul hat auch damit begonnen, sich für die Aufnahme Nordkoreas in diese beiden Bretton-Woods-Institutionen auszusprechen, wohl auch in der Hoffnung, damit die USA zu überzeugen, Pyongyang von der Terrorliste zu entfernen.

Allerdings hat Japan die entgegengesetzte Position eingenommen. Tokyo hat sowohl die Clinton- als auch die Bush-Administration aufgefordert, die DVRK solange auf der Terrorliste zu lassen, bis Pyongyang positiv auf die japanischen Vorwürfe reagiert, nach wie vor Mitgliedern der japanischen Terrorgruppe Rote Armee Unterschlupf zu gewähren sowie mindestens zehn japanische Staatsbürger nach Nordkorea verschleppt zu haben. Außenministerin Albright hat diese japanischen Gravamina während ihres Gesprächs mit Kim Jong-il im Oktober 2000 in Pyongyang angesprochen. Ein hochrangiger Mitarbeiter des US State Department hat sich im Februar 2001 mit Angehörigen verschleppter Japaner getroffen und offensichtlich erklärt, dass die Bush-Administration nicht die Absicht habe, die DVRK von der Terrorliste zu streichen. Zudem führt der Terrorismus-Jahresbericht des State Department an, dass die Moro Islamic Liberation Front auf den Philippinen, die in den USA heute mehr als Terror- denn als Guerilla-Gruppe eingestuft wird, Waffen aus Nordkorea erhalten hat.

Nachdem Präsident Bush Nordkorea in seiner Rede zur „State of the Union“ nunmehr zusammen mit dem Irak und dem Iran als Teil einer „Axis of Evil“ bezeichnet hat, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die DVRK in absehbarer Zeit von der Terrorliste gestrichen wird.

2.1.5 Nahrungsmittelhilfe

Die landwirtschaftliche Produktion in Nordkorea ist bereits seit Mitte der 80er-Jahre rückläufig. 1990/91 kam es zu einer ernsthaften Nahrungsmittelknappheit. Im September 1995 bat Pyongyang die internationale Gemeinschaft um Nahrungsmittelhilfe. Zwischen 1996 und 2000 haben die USA über 1,3 Millionen Tonnen Nahrungsmittel durch das Welternährungsprogramm der VN nach Nordkorea geliefert. Die Bush-Administration kündigte im Mai 2001 an, 100.000 Tonnen (neuer) Nahrungsmittelhilfe in die DVRK zu liefern. In seiner Erklärung vom 6. Juni 2001 bot Präsident Bush an, „(to) expand our efforts to help the North Korean people“. Er verband dies aber mit Fortschritten in den angestrebten Gesprächen. Damit will auch die Bush- ähnlich der Clinton-Administration Nahrungsmittelhilfe als Hebel einsetzen, um Fortschritte in anderen Bereichen (Atom- und Raketenprogramm, konventionelle Rüstung) zu erreichen. Kritiker der Nahrungsmittelhilfe wenden ein, dass die Verwendung der Nahrungsmittelhilfe nicht überwacht werden kann und dass sie wichtige ökonomische Reformen, insbesondere im Agrarbereich, verzögert.

In 2001 ist der Bedarf an Nahrungsmittelhilfe erneut gestiegen – das Welternährungsprogramm erbat für Nordkorea Lebensmittelhilfe in einer Größenordnung von 810.000 Tonnen. Es wird davon ausgegangen, dass zwischen 1995 und 2001 ein bis drei Millionen Menschen an Unterernährung gestorben sind.

2.2 Die Bush-Administration und die Sunshine Policy Kim Dae-jungs

Die Frage, wie die USA auf die Sunshine Policy reagieren sollen, stellt sich für die US-Administration spätestens seit dem historischen Zusammentreffen von Kim Dae-jung und Kim Jong-il vom 13. bis 15. Juni 2000 in Pyongyang. In ihrer gemeinsamen Erklärung brachten beide ihren Willen zum Ausdruck, sich für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Kultur- und Sportaustausch und für Treffen der zahlreichen, seit dem Koreakrieg getrennten Familien einzusetzen. Der Gipfel war offensichtlich zumindest teilweise das Ergebnis von Kim Dae-jungs Berliner Rede vom März 2000. Kim bot dem Norden erhebliche Hilfen zur Wiederherstellung der nordkoreanischen Infrastruktur an. Nach ihrem Gipfel vereinbarten beide Seiten die Wiederherstellung einer Eisenbahn- und Straßenverbindung durch die DMZ, Investitionsgarantien und Steueranreize für südkoreanische Investitionen im Norden, die Lieferung von 600.000 Tonnen Nahrungsmittel sowie ein Flutkontrollprojekt am Imjim-Fluss. Mit einem Treffen der Verteidigungsminister gelang es sogar, den Dialog auf den Militärbereich auszuweiten. Kim Dae-jung forderte die USA auf, seine Sunshine Policy durch eine Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen mit Pyongyang, die Verhandlung über ein Raketenabkommen und die Streichung Nordkoreas von der Terrorismusliste zu unterstützen.

Die Frage, ob die Bush-Administration Kims Sunshine Policy unterstützt, wird insbesondere seit dem ersten Bush-Kim-Gipfel im März 2001 in Washington diskutiert. US-amerikanische Äußerungen während des Gipfels wurden als Vorbehalte der

neuen Administration gegenüber Kims Sunshine Policy gedeutet. Wie die Clinton-Regierung unterstützt auch die Bush-Administration die meisten südkoreanischen Initiativen und Positionen, wie den Bau einer Eisenbahn- und Straßenverbindung durch die DMZ, Hilfe für die Flutkontrolle am Imjim-Fluss, südkoreanische Garantien für Investitionen in der DVRK sowie die Zusammenführung getrennter Familien.

Allerdings scheint die Bush-Administration anderen Teilen der Sunshine Policy skeptischer gegenüberzustehen. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, zeigt sie wenig Bereitschaft, Nordkorea von der Terrorismusliste zu entfernen. Das US-Militärkommando in Korea und auch der CIA gehen davon aus, dass Pyongyang die hohen Geldüberweisungen – über 400 Mio. US-Dollar seit 1998⁵ –, die der Hyundai-Konzern an die nordkoreanische Regierung für das Recht gezahlt hat, ein Tourismusprojekt am Kumgang-Berg zu betreiben, für militärische Zwecke verwendet. Der CIA soll der südkoreanischen Regierung im Februar 2001 ein entsprechendes Memorandum übergeben haben. Dagegen hat die Regierung Kim Dae-jung das Kumgang-Projekt als Highlight ihrer Sunshine Policy bezeichnet und beschlossen, das Projekt, das sich zu einem großen Verlustbringer für den finanziell angeschlagenen Hyundai-Konzern entwickelt hat, zu subventionieren.

Die Bush-Administration hat auch Vorbehalte gegenüber dem südkoreanischen Vorschlag, die Four Party Talks“ (1997-1999, Nord- und Südkorea, USA, China) zu reaktivieren und für die Verhandlungen über ein Friedensabkommen als Ersatz für das Waffenstillstandsabkommen von 1953 zu nutzen. Frühere US-Administrationen haben solche direkten Gespräche zwischen Nord- und Südkorea über ein Friedensabkommen durchaus befürwortet, und Präsident Reagan hat ursprünglich Vier-Parteien-Gespräche als geeignetes Instrument zur Erreichung eines Friedensabkommens bezeichnet. Der Widerstand der Bush-Administration richtet sich vor allem gegen ein Friedensabkommen ohne vorherige Reduzierung und vorherigen Rückzug konventioneller Streitkräfte, da dies eine nicht vorhandene Sicherheit vortäuschen und damit die politische und öffentliche Unterstützung für die US-Truppenpräsenz in Südkorea unterminieren könnte.

Die Bush-Administration hat sich zudem gegen den nordkoreanischen Vorschlag ausgesprochen, dass Südkorea Elektrizität in einer Größenordnung von zwei Millionen Kilowattstunden in den Norden liefert. Seoul hat zwar dem Wunsch Pyongyangs nicht direkt entsprochen, wohl aber angeboten, ein Expertenteam in den Norden zu schicken. Die Bush-Administration ist deshalb so besorgt über den nordkoreanischen Vorschlag, weil die erbetenen zwei Millionen Kilowattstunden genau der Leistung der beiden Leichtwasserreaktoren entspricht, die die DVRK unter dem Agreed Framework erhalten soll. Für den Fall, dass Seoul dem Wunsch des Nordens entsprechen sollte, befürchtet Washington, dass damit ein wichtiger Anreiz für Pyongyang entfällt, seinen Verpflichtungen gegenüber der internationalen Atomenergiebehörde nachzukommen.

⁵ Angeblich hat Hyundai zusätzlich geheim gehaltene Zahlungen an Nordkorea geleistet, die die Gesamtzahlungen in die Größenordnung von 800 Mio. US-Dollar bringen.

Eine weitere wichtige Frage für die Bush-Administration ist, wie sie auf den offensichtlichen Wunsch Kim Dae-jungs reagieren soll, eine flexiblere und weniger harte Haltung gegenüber dem nordkoreanischen Raketenprogramm und dem Verbleiben des Nordens auf der US-Terrorismusliste einzunehmen. Präsident Kim hatte Präsident Clinton zu einem Besuch Pyongyangs und zu einem Raketenabkommen gedrängt. Er scheint den Abschluss (mehr noch als den konkreten Inhalt) eines solchen US-nordkoreanischen Abkommens für eine besonders wichtige Unterstützung für seine Sunshine Policy zu halten. Mitglieder der südkoreanischen Regierung und andere Befürworter der Sunshine Policy haben die Regierung Bush z.T. durch heftige Kritik dazu aufgefordert, eine flexiblere Nordkoreapolitik zu verfolgen. Die Bush-Administration scheint im Wirtschaftsbereich zu größerer Flexibilität bereit zu sein, nicht aber im Bereich der Verifikation und der Reziprozität in den sicherheitsrelevanten Abkommen mit Pyongyang.

Unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. September 2001 signalisierte Pyongyang seine Bereitschaft, den unterbrochenen Gesprächsfaden mit Seoul wieder aufzunehmen. Das bilaterale Treffen Mitte September bestätigte die Abkommen über Familientreffen, die Bahn- und Straßenverbindungen und der Überschwemmungskontrolle aus dem vorangegangenen Jahr. Wie bereits erwähnt, forderte Nordkorea den Süden zu Stromlieferungen auf. Ein Treffen auf Ministerebene im nordkoreanischen Tourismuszentrum Mount Kumgang im November scheiterte an der Forderung der DVRK, den von Seoul nach den Anschlägen vom 11. September ausgelösten Antiterroralarm aufzuheben sowie alle zukünftigen Treffen auf nordkoreanischem Boden abzuhalten.

2.2.1 Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Südkorea

Die Bedrohungsperzeption in Südkorea durch den Norden ist seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig. Im Juni 1999 hat die südkoreanische Marine in einer Reihe von Zusammenstößen im Gelben Meer die daran beteiligten nordkoreanischen Schiffe z.T. erheblich beschädigt, was Experten auf die wachsende Überlegenheit der modernen ROK-Streitkräfte gegenüber ihrem mit alterndem Gerät ausgestatteten nordkoreanischen Widerpart zurückführen. Laut jüngeren Umfragen empfinden Südkoreaner die DVRK weniger als Bedrohung als viele US-Amerikaner, bei denen die Besorgnis über das Nuklear- und Raketenprogramm und vor allem über die Raketenexporte im vergangenen Jahr nicht geringer geworden ist. In seiner Anhörung vor dem Kongress im März 2001 sprach der Kommandeur der US-Truppen in Südkorea, General Thomas Schwartz, von einer wachsenden nordkoreanischen Bedrohung. Er begründete dies neben der schieren Größe der Truppen (und der Anzahl der Waffen) vor allem mit den umfangreichen Manövern im Jahr 2000 und der hohen Konzentration von Artillerie und Raketenwerfern in der Nähe der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Die Ausführungen des Generals wurden allerdings nicht nur in Südkorea, sondern auch von mehreren US-Experten kritisiert. Diese Kritiker weisen insbesondere auf den schlechten Zustand der konventionellen Streitkräfte Pyongyangs hin, der sich seit Anfang der 90er-Jahre kontinuierlich verschlechtert hat. Insbeson-

dere Offensivwaffen wie Panzer und die Luftwaffe befinden sich in einem miserablen Zustand. Auch hatte es zwischen 1994 und 2000 keine größeren Manöver der Landstreitkräfte gegeben. Daneben dürfte die Hungersnot auch an den sicherlich besser als der Bevölkerungsdurchschnitt versorgten Streitkräften nicht spurlos vorübergegangen sein und sei es durch ihre Auswirkungen auf den physischen Zustand der Rekruten.

Die rückläufige Bedrohungsperzeption in Südkorea sowie der innerkoreanische Dialog haben im Süden zu einer wachsenden Debatte über die US-Militärpräsenz auf der Halbinsel geführt. Kleine radikale Gruppen, die den völligen Abzug der US-Streitkräfte fordern, sind deutlich aktiver geworden und haben sich mit einem Netzwerk von NGOs verbündet. Neu sind auch Vorschläge prominenter Südkoreaner zur Zahl und Funktion der US-Verbände einschließlich eines Vorschlags, die US-Truppen in Friedensstreitkräfte (Peace-Keeping Forces) umzuwandeln. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Südkoreaner inzwischen für eine Reduzierung der US-Streitkräfte eintritt. Washington hat offiziell jegliche Pläne kategorisch dementiert, seine Truppenstärke in Südkorea reduzieren zu wollen, so die Clinton-Administration 2000 in sehr deutlicher Weise. Es ist allerdings auch bekannt, dass US-amerikanische Militärstrategen Optionen für Strukturveränderungen einschließlich Reduzierung der US-Streitkräfte in Südkorea geprüft haben. (Solches gehört allerdings zu den ureigensten Aufgaben militärischer Planer.)

Der historische Gipfel der beiden Kims hat diese Debatte natürlich weiter verschärft. Kim Dae-jung hat erklärt, dass er die Stationierung von US-Truppen in Südkorea bei seinem Treffen in Pyongyang angesprochen habe und dass Kim Jong-il dem Verbleib von US-Truppen im Süden zugestimmt habe. Angeblich sollen beide die Möglichkeit angesprochen haben, die Rolle der US-Truppen von einem Kampfauftrag in eine Friedensmission umzuwandeln.

Wie in Japan ist auch in Südkorea das Verhalten von US-Soldaten ständiger Anlass für Kritik an der US-Präsenz. Noch in ihren letzten Amtsmonaten hat die Clinton-Administration zwei Abkommen mit Südkorea abgeschlossen, um einigen der gravierendsten Kritikpunkte zu begegnen. Im Dezember 2000 wurde nach sechs Verhandlungsjahren ein neues Stationierungsabkommen abgeschlossen. Als Neuerung ist darin vorgesehen, dass US-Soldaten, die bestimmter Verbrechen verdächtigt werden, vor ihrem Gerichtsverfahren den südkoreanischen Behörden zu übergeben sind, wobei diese Angeklagten spezielle Garantien von Seiten der Regierung in Seoul erhalten. Mit dem zweiten Abkommen wurde der so genannte Fall Nogun-ri beigelegt. Im Juli 1950 – während der Anfangsphase des Koreakrieges – verübten US-Truppen in Nogun-ri ein Massaker an südkoreanischen Zivilisten. In diesem Abkommen wurde das Massaker als solches von den USA eingestanden – und Präsident Clinton hat sich förmlich für die USA dafür entschuldigt –, zugleich wurde aber festgestellt, dass die Täter dabei nicht auf Befehl von höherrangigen US-Offizieren handelten. Zudem hat die Clinton-Administration in einem im Januar 2001 bekannt gemachten Abkommen ein älteres Abkommen über eine Beschränkung der Reichweite südkoreanischer Raketen aus dem Jahre 1979 revidiert. Dem zufolge darf Südkorea in Zukunft Raketen bis zu einer Reichweite von 300 (gegenüber 178)

Kilometern entwickeln. Zugleich sagte Seoul seinen Beitritt zum Missile Technology Control Regime (MTCR) zu.

Andere Konfliktpunkte bleiben auf der Agenda: So verfügte ein südkoreanisches Gericht im April 2001 Schadensersatzzahlungen an 14 koreanische Zivilisten, die Verletzungen bei einem US-Bombenversuch geltend machten. Dies war die erste Verurteilung des US-Militärs durch ein südkoreanisches Gericht überhaupt.

Die Bush-Administration hat ihre Absicht erklärt, einen um 30 Prozent höheren südkoreanischen Beitrag zu den Stationierungskosten (*host nation support*) zu fordern. Die Gesamtkosten der US-Militärpräsenz in Südkorea belaufen sich auf jährlich über zwei Milliarden US-Dollar. Der derzeitige koreanische Jahresbeitrag liegt bei unter 350 Millionen US-Dollar.

2.2.2 Die wirtschaftlichen Beziehungen

Neben den engen sicherheitspolitischen Beziehungen haben vor allem die Wirtschafts- und speziell die Handelsbeziehungen an Bedeutung für die US-koreanischen Beziehungen gewonnen.

Im Jahre 2000 betrug der bilaterale Handelsaustausch über 66 Milliarden US-Dollar. Damit steht Südkorea an siebter Stelle unter den Handelspartnern der USA. Die US-Exporte erreichten 2000 einen Wert von 26,3 Mrd. US-Dollar. Die wichtigsten US-Exportgüter sind Halbleiter, Maschinen, Flugzeuge, Rindfleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Nach einigen Jahren US-amerikanischer Handelsüberschüsse (1994-97) ist die Handelsbilanz seit 1997 wieder negativ. Dies ist teilweise auf die Wirtschaftskrise des Jahres 1997 zurückzuführen, zu deren Überwindung Seoul ein Finanzhilfepaket in einer Größenordnung von 58 Milliarden US-Dollar erhalten hat. Als Teil seiner Übereinkunft mit dem IWF kündigte Seoul die Aufhebung der meisten Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen an. Die Regierung Kim Dae-jung hat die südkoreanische Wirtschaft seitdem deutlich liberalisiert. Als Folge haben US-Firmen in der Zeit von 1998 bis 2000 nahezu 10 Mrd. US-Dollar in Südkorea investiert. (Auch europäische und insbesondere deutsche Firmen haben diese neuen Investitionsmöglichkeiten genutzt.)

Die Kehrseite der wachsenden Handelsbeziehungen sind vermehrte Handelskonflikte. Diese werden vor allem von drei Faktoren bestimmt: der Größe des US-Handelsdefizits mit Südkorea, dem Zustand der US-Konjunktur sowie inwieweit (sicherheits)politische Interessen Meinungsverschiedenheiten im Handelsbereich über-tünchen.

Hatte sich die Clinton-Administration während der Krise 1997/98 mit Kritik an südkoreanischen Marktzugangsbarrieren zurückgehalten, haben die USA im Frühjahr 2000 den Druck auf Seoul erhöht. Unzufrieden mit dem Schutz geistigen Eigentums durch Südkorea erklärte der Jahresbericht des Büros der US-Handelsbeauftragten Südkorea im April 2000 zum Priority Watch Country (unter „Special 301“,

Section 182 des Trade Act von 1974).⁶ In der Folge verschärfte Washington auch seine Kritik an südkoreanischen Importbarrieren gegen US-Automobile, Pharmaprodukte und Rindfleisch, was in unmittelbarem Zusammenhang mit der zunehmend lahrenden US-Konjunktur und dem hohen US-Handelsdefizit steht.⁷

Im Dezember 2000 gewannen die USA und Australien ein WTO-Verfahren wegen südkoreanischer Diskriminierung gegen ausländische Rindfleischexporteure. Im August 2001 hat die US-Luftverkehrsbehörde den Wunsch der Korean Air, ihre Flüge in die USA auszuweiten, unter Anführung mangelnder Sicherheitsstandards abschlägig beschieden.

Ein starker Anstieg koreanischer Stahlimporte in die USA in den Jahren 1997/98 hat zur Aufnahme Südkoreas in die Gruppe der Staaten geführt, die verdächtigt sind, Stahlprodukte zu Dumping-Preisen in den US-Markt zu drücken. Die US International Trade Commission ist im Oktober 2001 zu dem Ergebnis gekommen, dass mehrere Kategorien importierter koreanischer Stahlwaren erhebliche Schäden in der US-Stahlindustrie verursacht haben. Die Kommission forderte Präsident Bush zu Schutzmassnahmen auf, die dieser inzwischen ergriffen hat (unter Section 201 des Trade Act von 1974).

3 Der Schatten des 11. September über der koreanischen Halbinsel

Der amerikanische Kampf gegen den Terrorismus und der Krieg in Afghanistan sind nicht ohne Auswirkungen auf die koreanische Halbinsel geblieben. Obwohl dieser Konflikt nicht in Ostasien ausgetragen wurde, haben neue militärische und diplomatische Interessen der USA, Südkoreas Bündnisverpflichtungen, die Rhetorik der Bush-Administration und Nordkoreas Reaktionen die Sicherheitsbeziehungen auf der koreanischen Halbinsel verändert bzw. verkompliziert.

Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington, DC vom 11. September hat Südkorea Washington logistische und medizinische Unterstützung für den US-Feldzug in Afghanistan angeboten sowie Bereitschaft signalisiert, auf US-Anforderung auch Kampfeinheiten zu entsenden.

Der erste Schatten des Afghanistankrieges legte sich über die Halbinsel, als Präsident Bush Mitte Oktober eine Warnung an Pyongyang richtete, die Fixierung der USA auf den Kampf gegen Al-Qaida und das Taliban-Regime nicht zu militärischen Provokationen zu nutzen. Trotz seines militärischen Engagements in Zentralasien sei Washington ohne jeden Zweifel entschlossen, Südkorea mit allen notwendigen Mit-

⁶ Der Bericht widmete Südkorea 22 Seiten, mehr als allen anderen Ländern mit der Ausnahme Japans und der VR China

⁷ Anders als sein Vorgänger zeigt der 107. US-Kongress ein deutlich größeres Interesse an den US-südkoreanischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere an den Problemen amerikanischer Halbleiter- und Automobilexporteure.

teln zu verteidigen. Um die Worte des Präsidenten zu unterstreichen, entsandte das Pentagon zusätzliche F-15-Jagdflugzeuge nach Südkorea. Damit sollte die durch das Auslaufen des Flugzeugträgers Kitty Hawk und seines Kampfschiffverbandes entstandene Lücke in der Luftverteidigung geschlossen werden.

Pyongyang denunzierte die härtere US-Rhetorik und die als solche verstandene Verstärkung des US-Militärs in der ROK als US-amerikanische Angriffsdrohung und verschärfte entsprechend seine anti-amerikanische Propaganda. Die USA sollten sich davor hüten, die DVRK als „zweites Afghanistan“ zu betrachten, ein amerikanischer Angriff hätte erhebliche US-Opfer zur Folge.

Wie bereits erwähnt, geriet Mitte November auch der Nord-Süd-Dialog in den Schatten der amerikanischen Antiterrorkampagne.

Mitte November verurteilte der US Undersecretary of State John Bolton Nordkoreas Biowaffenprogramm in einer Rede auf der VN-Konferenz in Genf. Kurz darauf forderte Präsident Bush neue Inspektionen nordkoreanischer Atomanlagen gemäß dem Agreed Framework von 1994. Um den Reaktionen aus Pyongyang die Spitze zu nehmen, vor allem aber, um die Gemüter in Seoul zu beruhigen, erklärte der Assistant Secretary for East Asian Affairs im State Department, James Kelly, anlässlich eines Treffens der Trilateral Coordination and Oversight Group⁸ in San Francisco Ende November, dass die USA weiterhin sowohl am Agreed Framework als auch am Leichtwasserreaktorprojekt und der KEDO festhalten werden.

4 Nordkorea als Teil der „Axis of Evil“ und Präsident Bush in Seoul: wie weiter?

Durch die Einbeziehung Nordkoreas in die „Axis of Evil“, die die Menschheit und die westliche Zivilisation bedroht, in seiner ersten Rede zur „State of the Union“ hat Präsident Bush nicht nur die Gegnerschaft Pyongyangs auf sich gezogen, sondern auch die Kritik großer Teile der südkoreanischen Bevölkerung.

Diese Aussage hat in Südkorea die Angst vor drastischen Aktionen, einschließlich militärischer Art, gegen Nordkorea heraufbeschworen. In seiner Neujahrsansprache (vor der Bush-Rede) hatte Präsident Kim ausgeführt: „... we must find a way to save the face for North Korea when they hold dialogue with the United States“. Die Bush-Rede kommentierte der südkoreanische Präsident mit den Worten: „We should not put the safety of seventy millions Koreans at risk of war. Efforts should be made to avoid the creation of a war atmosphere by promoting reconciliation with North Korea.“

Bei seiner Ankunft in Seoul wurde Präsident Bush von einer der größten Demonstrationen begrüßt, die es je beim Besuch eines US-Präsidenten gab. Statt seine Aussage zur „Axis of Evil“ zu wiederholen, bemühte er sich, seine südkoreanischen Gastgeber zu beruhigen, indem er erklärte: „We have no intentions of invading

⁸ USA, Südkorea, Japan; Ergebnis der Perry-Initiative.

North Korea ... we're purely defensive.“ In Richtung Pyongyang wiederholte er das US-Angebot, den bilateralen Dialog wieder aufzunehmen.

Er machte allerdings auch keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber dem nordkoreanischen Regime: „I'm troubled by a regime that tolerates starvation. I worry about a regime that is not transparent. I'm concerned about the people of North Korea.“ Und er wiederholte seine bereits mehrfach gemachte Aussage: „We will not permit the world's most dangerous regimes to threaten us or our friends or our allies with weapons of mass destruction.“ Die unmittelbaren Reaktionen aus Pyongyang waren erwartungsgemäß feindselig im Ton.

Mitte März entschied das US-Außenministerium – in einer wesentlichen Politikänderung gegenüber der Clinton-Administration –, Präsident Bush vorzuschlagen, Nordkorea zum ersten Mal des Verstoßes gegen das Agreed Framework von 1994 zu bezichtigen, mit dem Ziel Zugang zu nordkoreanischen Atomanlagen zu erhalten und den Export von Massenvernichtungswaffen zu unterbinden.

Am 25. März reagierte Pyongyang mit der Ankündigung, den Dialog mit Seoul und Tokyo (über die Entführung japanischer Staatsbürger in die DVRK) wiederaufzunehmen. Es bleibt abzuwarten, ob die neue US-Strategie der Härte gegenüber Nordkorea bereits Früchte zeigt oder ob es sich nur um einen neuen Versuch Pyongyangs handelt, einen Keil zwischen Washington und seinen nordostasiatischen Verbündeten zu treiben – was das Wahrscheinlichere ist.

Für Präsident Kim Dae-jung und seine Sunshine Policy wird die Zeit inzwischen knapp.

Im Dezember 2002 stehen Präsidentschaftswahlen in Südkorea an, bei denen Kim Dae-jung allerdings nicht selbst kandidieren kann. Der Präsident, der erheblich an Popularität eingebüßt hat, dürfte es daher in den kommenden Monaten noch schwerer haben, seine zunehmend auch zuhause kritisierte Sunshine Policy politisch durchzuhalten. Größere Initiativen sind von Seoul jedenfalls nicht zu erwarten, da der Ball eindeutig auf nordkoreanischer Seite liegt. Die jüngsten Vorschläge Pyongyangs zeigen auch, dass man sich im Norden dessen bewusst ist.

Diese Gemengelange dürfte dafür sorgen, dass die koreanische Halbinsel auch auf mittlere Sicht im Blickpunkt der US-Politik bleiben wird.

Literaturhinweise

- Brown, David G. (2002), „Reconsidering Four Party Talks in Korea“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet 2*, 11. Januar 2002
- Cha, Victor D. (2002), Hawk Engagement: „Avoiding the Brink with North Korea“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet 5*, 1. Februar 2002
- Cossa, Ralph A. (2002a), „U.S.-Korea Policy: Now What?“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet 7A*, 15. Februar 2002
- Cossa, Ralph A. (2002b), „U.S.-North Korea: Axis of Evil Revisited“, in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet 9B*, 1. März 2002
- Gill, Bates (2001), „International Diplomacy with North Korean Characteristics“, <http://www.brookings.edu/dybdocroot/views/op-ed/gill/soo10824.htm>

- Gross, Donald G. (2000), "Progress on All Fronts", in: *Comparative Connections*, Dezember 2000, S.1-6
- Gross, Donald G. (2001a), "Slow Start in U.S. Policy toward the DPRK", in: *Comparative Connections*, April 2001, S.1-6
- Gross, Donald G. (2001b), "Good Sense in Washington – A Big Question Mark in Pyongyang", in: *Comparative Connections*, Juli 2001, S.1-7
- Gross, Donald G. (2001c), "President Kim and his Sunshine Policy: Twisting in the Wind", in: *Comparative Connections*, Oktober 2001, S.1-6
- Gross, Donald G. (2002a), "The Winds of War from Afghanistan Sweep the Korean Peninsula", in: *Comparative Connections*, Januar 2002, S.34-40.
- Gross, Donald G. (2002b), "Keeping Faith with America's Closest Allies in East Asia" in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet* 7, 15. Februar 2002
- Hwang, Balbina (2001a), "The Bush Administrations's Cautious Approach to North Korea", *The Heritage Backgrounder*, No.1455, 6. Juli 2001
- Hwang, Balbina (2001b), "North Korea deserves to remain on U.S. List of Sponsors of Terrorism", *The Heritage Foundation Backgrounder*, No.1503, November 19, 2001
- Kim, Tae-hyo und Eun Jung Cahill Che, "Restoring Order to the School Yard", in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet* 7B, 15. Februar 2002
- Kim Keun Tae (2001), "The Korea-United States Relationship under Kim and Bush: A Common Approach to North Korea", in: The Atlantic Council of the United States, *Bulletin* 7, 3, Mai 2001
- Kreft, Heinrich (2001a), „Deutschland, Europa und die Öffnung Nordkoreas“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 2001 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde, Hamburg, S.274-282
- Kreft, Heinrich (2001b), „Vom Kalten zum Grauen Krieg. Uneingeschränkte Bündnissolidarität mit den USA“, in: *Internationale Politik*, 12/2001, S.43-46
- Kreft, Heinrich (2001c), „Paradigmenwechsel in der amerikanischen Politik?“, in: *Die Politische Meinung*, Nr.384, S.41-45
- Noerper, Stephen (2000), "Military Ties Remain Vital despite North-South Thaw", in: *Comparative Connections*, Oktober 2000, S.1-5
- Park Yong-ok (2002), "After Kim-Bush Seoul Summit: Time for Joint Dealing with North Korea", in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet* 9 A, 28. Februar 2002
- Parks, Michael und Gregory F. Treverton (2001), "Keep North Korea on Life Support", in: *Los Angeles Times*, 27. März 2001
- Strmecki, Marin (2002), "Bush's Approach to North Korea is Appropriate and Necessary", in: Pacific Forum CSIS (Hrsg.), *PacNet* 9, 27. Februar 2002
- Struck, Doug (2002) "N. Korea to Resume Talks with Seoul", in: *Washington Post*, 26.3.2002, S.12
- The Nelson Report (2002), "State wants to Pressure N. Korea ... Framework compliance 'waiver'", Washington, DC 18. März 2002, S.1-3
- Tkacik, John J., Balbina Hwang und Dana R. Dillon (2002), "Asian Security. Helping to assure Peace in the Pacific", in: The Heritage Foundation (Hrsg.), *Issues* 2002, Washington, DC, S.277-290
- Wolffe, Richard (2002), "US to confront N Korea over nuclear checks", in: *Financial Times*, 20. März 2002, S.4

Anhang

Vergleich der Wirtschaft in Nord- und Südkorea (2000)

	Einheit	Nordkorea (A)	Südkorea (B)	(B/A)
Bevölkerung	Mio. Personen	22,17	47,1	2,1
Lebenserwartung	Jahre (m / w)	62,9 / 67,4	72,1 / 79,5	-
Geschlechterverhältnis	Männer: Frauen	96,3 : 100	101,4 : 100	-
BVE	Mrd. US\$	16,8	455,2	27,1
BVE pro Kopf	US\$	757	9.628	12,7
Wirtschaftswachstum	%	1,3	9,3	-
Wirtschaftsstruktur				
Landwirtschaft	%	30,4	5,4	-
Verarbeitendes Gewerbe	%	25,4	31,8	-
Dienstleistungen	%	32,5	52,6	-
Landwirtschaft				
Reisernte	Mio. t	1,42	5,29	3,7
Landwirtschaftl. Nutzfläche	Mio. Hektar	1,57	1,31	0,83
Landwirte	Mio.	8,16	4,03	0,49
Industrieerzeugungsindex	(1995 = 100)	80,4	154,1	-
Handel				
Anteil am BVE	%	1,7	73,1	-
Handelssaldo	Mrd. US\$	-0,85	11,8	-
Automobile				
Besitz	Ts. Einheiten	262	12.060	46,0
Produktion	Ts. Einheiten	6,6	3.115	471,2
Stahlproduktion	Mio. t	1,08	43,11	39,9
Elektrizitätsverbrauch	Mrd. KWh	19,4	266,4	13,7
Energiekonsum pro Kopf	TOE	0,71	4,1	5,8
Erdölimport	Mio. Barrel	2,85	893,94	313,7

Anmerkung: BVE = nominales Bruttovolkseinkommen (Gross National Income)
TOE = Ölequivalent in Tonnen

Quelle: National Statistical Office (Seoul), zitiert nach *Korea Times*/Internet, 20.12.2001;
Korea Now, 29.12.2001, S.8.

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-281-6

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

CIP-Titelaufnahme:

<p>Korea 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2002. – 305 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-281-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).